Herr Quadt (CDU-Fraktion) erklärte, dass schon seit 2017 im Radverkehrskonzept die Erweiterung des Schutzstreifens für den Radverkehr in der Siegstraße enthalten ist und man diesen nun markieren könnte.

Seitens der Verwaltung erklärte Herr Hennig, dass im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept beschlossen wurde, ein umfassendes Konzept für die Siegstraße und die K 2 zu erstellen. Insbesondere sollte bei der Siegstraße der Knotenpunkt Siegstraße/ Martinstraße näher beleuchtet werden und Querungshilfen am Markt eingeplant werden. Aufgrund des Beschlusses kann man die Markierungsarbeiten nicht losgelöst von dem Auftrag betrachten. Sollte der Schutzstreifen unabhängig von weiterer Planung realisiert werden, könne die Verwaltung mit dem Landesbetrieb über eine Genehmigung verhandeln.

Eine Liste bezüglich der Poller und Drängelgitter kann erstellt werden. Auch die Prüfung der Bahnparallelen Drängelgittern an der B 56 kann erfolgen.

Im Radverkehrskonzept ist dargestellt, dass die Bahnparallelen Straßen, Gottfried-Keller-Straße, Bachstraße und nach einer Sanierung die Dornierstraße als Fahrradstraßen eingerichtet werden sollen. Derzeit werden die entsprechenden Pläne und die vom ADFC gewünschte Trassenverbreiterung vorbereitet.

Auch die Verwaltung sieht eine Kompatibilität der Fahrradleihsysteme zur Stadt Bonn als sinnvoll an und bemüht sich, dies zu erreichen. Es ist aber abhängig von dem Ausschreibungsverfahren.

Die Stadt kann an ihren eigenen Kreisverkehren bestimmen, wie die Radverkehrsführung erfolgen soll. Bei denen, bei welchen der Landesbetrieb die Baulast hat, müssen noch Details abgesprochen werden, bis das Ordnungsamt die Verkehrsführung anordnen kann.

Es ist ein Büro beauftragt, die Notwendigkeit von Fahrradabstellanlagen an den öffentlichen Einrichtungen, der Burgstraße und der Kölnstraße zu untersuchen. Die Ergebnisse sollen vor termingerechtem Förderende vorgestellt werden.

Herr Kallenbach fügte bezüglich des Austauschs der Schilder hinzu, dass seit er Fachbereichsleiter ist, Schilder ausgetauscht wurden. Aufgrund von personellen Engpässen würden derzeit keine Schilder ausgetauscht werden.

Seitens des Bündnis90/Die Grünen begrüßt Herr Metz die Vervollständigung des Schutzstreifens vor allem in Hinblick darauf, dass dann in der Siegstraße auf dem Streifen nicht mehr geparkt werden darf.

Herr Koukolas (SPD-Fraktion) fragte nach, warum die Maßnahme aus dem Gesamtkontext genommen werden soll und nicht mit einer hohen Priorität in dem Gesamtkonzept eingestuft werden soll. Des Weiteren wollte er wissen, ob der vorhandene asphaltierte Radweg auf beiden Seite zwischen „Am Bauhof“ bis fast zur „Burgstraße“ entfällt und nicht mehr nutzbar sein soll. Der Schutzstreifen in dem Bereich könnte zu Irritationen der Verkehrsteilnehmer führen.

Herr Bäsch (SPD-Fraktion) erwiderte, dass es sinnvoll ist, den Schutzstreifen im restlichen Teil umzusetzen. Ein Problem gibt es, eine einzelne Maßnahme aus dem Konzept zu realisieren, obwohl das Radverkehrskonzept alle Maßnahmen nach Prioritäten aufführt. Jeder könnte versuchen, für seinen Ortsteil die Maßnahmen für die Radwege als erstes umsetzen zu lassen.

Anschließend stellte Herr Quadt (CDU-Fraktion) klar, dass nicht der Knotenpunkt Martinstraße oder ein Fußgängerüberweg am Markt von diesem Antrag betroffen sind. In dem Radverkehrskonzept stünde, dass die bestehenden Radwege vom „Am Bauhof“ bis zur „Raiffeisenstraße“ bestehen bleiben sollen und der Schutzstreifen auf der Straße fortgeführt werden soll.

Auf diesen Beitrag stellte Herr Koukolos (SPD-Fraktion) fest, dass wenn der Radweg erhalten bleibt, ein Schutzstreifen nicht nötig ist.

Es soll ein Schutzstreifen auf der Straße entstehen, der alte Radweg baulich erhalten bleiben, aber nicht mehr pflichtweise genutzt werden müssen, klärte Herr Metz (Bündnis90/Die Grünen) auf. Sicherer ist es einen Schutzstreifen auf der Straße zu befahren, da man dort von den Autofahrern besser gesehen werden würde.

Der Knülle führte an, dass es einzig strittig ist, ob eine einzelne Maßnahme aus dem Gesamtkonzept beschlossen werden soll oder nicht. Auch er sehe die Befürchtung, dass immer mehr einzelne Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept genommen würden, um einzelne vorher zu beschließen.

Dem entgegnete Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion), dass wenn ein einzelner Antrag gestellt werden würde, dieser auch begründet wäre. Solche Anträge würden nur in begründeten Einzelfällen gestellt. Da es sich bei der Maßnahme um einen Lückenschluss handelt, könnte man diesen auch vorher umsetzen.

Anschließend hakte Herr Koukolos (CDU-Fraktion) nach, ob der „Lückenschluss“ den Bereich zwischen Marktstraße und Martinstraße ausschließen würde.

Daraufhin stellte Herr Quadt klar, dass es sich um einen Lückenschluss im Sinne von Markierungsarbeiten handelt. Der Antrag hat nicht Intention, die Querungshilfe am Markt oder einen Minikreisel an der Martinstraße umsetzen.

Nach Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: SPD enthalten